Abend-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichniß unter Nr. 6878 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle.

[Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Fünfunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 38. Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 23. Januar **1901.**

Bestellungen auf die Saale-Zeitung
für die
Monate Februar und März
nehmen alle Reichspostanstalten zu 2.17 Mark, in Halle die Expeditionen und Austräger zu 1.70 Mark bei einmaliger, zu 1.90 Mark bei zweimaliger Zustellung an.

Die Verschleppung der Kanalvorlage.

Bei der ersten Lesung des Etats hat der Abg. Richter die Ansicht ausgesprochen, die Kanalvorlage werde diesmal entweder angenommen oder verschleppt werden. Herr v. Miquel hat freilich gemeint, daß der freisinnige Führer mit dieser Voraussage der Kanalvorlage keinen guten Dienst geleistet habe, aber es zeigt sich schon jetzt, daß in der That die Taktik der Mehrheit auf eine Verschleppung der Vorlage gerichtet ist.

Die neue Kanalvorlage ist mit der Begründung und den verschiedenen Denkschriften seit einigen Tagen bereits in den Händen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses, und es läge nahe, nunmehr sobald als möglich die erste Lesung der Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen. Die konservativ-klerikale Mehrheit aber hat sich geeinigt, schon die erste Lesung so lange als möglich hinauszuschieben. Am Schlusse der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt es der Präsident von Kröcher für zweckmäßig, die Anschauungen der Parteien über den Zeitpunkt der ersten Lesung einzuholen. Er selbst schlug vor, die zweite Lesung des Etats in der nächsten Woche zu unterbrechen und am kommenden Dienstag mit der ersten Lesung der Kanalvorlage zu beginnen, für welche vier bis fünf Tage in Aussicht genommen sind. Dieser Vorschlag erscheint durchaus gerechtfertigt, da für das Studium der Vorlage mehr als ausreichend Zeit gelassen wird. Gegen den Vorschlag des Präsidenten aber erhob sogleich der Führer der konservativen Partei, Graf Limburg-Stirum, Widerspruch, und ihm schloß sich, namens des Centrums, Abg. Dr. Porsch an; beide stützten sich auf die Motivirung, daß den Mitgliedern genügend Zeit zur Durcharbeitung der Vorlage gelassen und deshalb die Berathung bis Anfang Februar verschoben werden müsse. Von der Linken traten die Abgg. Dr. Sattler von der Nationalliberalen Partei, Dr. Barth von der Freisinnigen Vereinigung und Dr. Wiemer von der Freisinnigen Volkspartei dieser Anschauung entgegen, indem sie darauf hinwiesen, daß ein gut Theil der Kanalvorlage bereits vor zwei Jahren vom Hause gründlich erörtert worden ist, somit das Studium der neuen Vorlage erst recht nicht die lange Zeit erfordere, die von den Herren von der Rechten gewünscht werde. Der parlamentarische und journalistische Einpeitscher des Herrn v. Miquel, Frhr. v. Zedlitz, unterstützte natürlich die Verschleppungstaktik der Konservativen, indem er zwar für seine Freunde, die Freikonservativen, versicherte, daß sie zur baldigen Berathung der Vorlage durchaus bereit seien, aber auf die Wünsche von zwei großen Parteien des Hauses Rücksicht nehmen wollen. Eine Abstimmung wurde noch nicht herbeigeführt, da die Tagesordnung erst am Schlusse der jeweilig vorhergehenden Sitzung festgestellt wird. Doch unterliegt es keinem Zweifel, daß die Konservativen und das Centrum die Hinausschiebung der ersten Berathung bis zum Februar durchsetzen werden. Die beiden Parteien bilden zusammen ein starke Mehrheit, und wenn es zur Abstimmung kommt, werden sie dem Vorschlag des Präsidenten entgegen den Beginn der ersten Berathung auf den 4. Februar festsetzen.

Wie wird es dann weiter gehen? Die Kommission wird in eine sehr eingehende Verhandlung der Vorlage eintreten. Die Freisinnige Volkspartei hat zwar beschlossen, bei der ersten Lesung den Antrag zu stellen, daß derjenige Theil der Vorlage — der Rhein-Elbekanal, — welcher vor zwei Jahren bereits eine gründliche kommissarische Berathung erfahren hat, nicht wieder an die Kommission verwiesen und somit die Arbeit beschleunigt werden soll, aber es ist kaum Aussicht vorhanden, daß die Mehrheit auf diesen Antrag eingeht. Die Fertigstellung des Berichts der Kommission wird auch geraume Zeit erfordern. Abg. Dr. Sattler äußerte die Meinung, der Bericht könne noch vor Ostern an das Haus kommen. Die Antwort darauf war helles Gelächter von der Rechten, und Herr von Zedlitz erklärte dann später unter lebhafter Zustimmung der Rechten, daß vor Pfingsten an die Fertigstellung des Berichtes nicht zu denken sei. Die zweite Lesung wird also bestenfalls erst nach Pfingsten, Anfang Juni, vorgenommen werden können. Mitte Juni könnte die dritte Lesung im Abgeordnetenhause erfolgen. Dann aber geht die Vorlage an das Herrenhaus. Auch hier werden die konservativen Großgrundbesitzer, die ja in diesem Hause die erdrückende Mehrheit haben, den Wunsch nach reiflicher und eingehender Prüfung der Vorlage geltend machen. Wann das Herrenhaus seinen Spruch gefällt haben wird, läßt sich mit einiger Sicherheit überhaupt noch nicht sagen.

Natürlich ist es ein Leichtes, auch im Abgeordnetenhause die Erledigung des Gesetzentwurfs noch weiter zu verschleppen, so daß die Vorlage in dieser Session überhaupt nicht mehr an das Herrenhaus gelangt. Die Taktik der agrarisch-kanalgegnerischen Mehrheit ist darauf gerichtet, daß inzwischen im Reichstag der neue Zolltarif zur Verhandlung gelangt und Beschlüsse über die Erhöhung der Getreidezölle gefaßt werden. Auf bloße Versprechungen will sich die agrarische Freude nicht einlassen, sie will die Erhöhung der Getreidezölle in der Tasche haben, ehe sie der Kanalvorlage zustimmt. Dieser Verschleppungstaktik mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, muß und wird die Aufgabe der Kanalfreunde sein. □

Deutsches Reich.

Graf Posadowsky und die Bundesstaaten.

Da jetzt die intimen Beziehungen zwischen dem Centralverband der Industriellen und dem preußischen Handelsminister im Vordergrund des politischen Interesses stehen, halten die Freunde des Grafen Posadowsky es für angebracht, die Zwölftausendmark-Affäre schleunigst von der Tagesordnung der öffentlichen Besprechung abzusetzen. Es ist aber wohl nützlich, dem Staatssekretär und den vereinigten Scharfmachern noch eine Stimme zu Ohren zu bringen, die der Auffassung der süddeutschen Bundesstaaten Ausdruck verleiht. Zu einem Artikel der gouvernementalen „Augsb. Abendztg.", dem bayrische Regierungskreise nahe stehen sollen, heißt es:

„Der Staatssekretär Graf Posadowsky befindet sich ja unzweifelhaft in einer sehr schwierigen Lage und man wird es begreiflich und entschuldbar finden, wenn er neuerdings das Bestreben bekundet, seine Person nach Möglichkeit aus der parlamentarischen Schußlinie zu bringen und sich nach einer sicheren Deckung umzusehen. Wenn er dabei aber neuerdings auf die Taktik verfallen ist, sich als einen ganz einflußlosen Faktor in der Reichsverwaltung, als einen „Beamten in einem Föderativstaate" hinzustellen, der lediglich den Willen und die Beschlüsse der verbündeten Regierungen zur Ausführung zu bringen hat und keinerlei eigene Initiative, keinen persönlichen Einfluß besitzt, so muß dieser Weg seiner Vertheidigung doch ernste Bedenken erwecken. Es fehlte nur noch, daß Graf Posadowsky hinzusetzte — zwischen den Zeilen seiner Ausführungen kann man es beinahe lesen — daß er auch lediglich einen Auftrag der verbündeten Regierungen ausgeführt habe, als er jene 12,000 Mark vom Centralverbande der deutschen Industriellen erbitten ließ! Wer die thatsächlichen Verhältnisse einigermaßen kennt, wird nicht ohne ein Lächeln die Schilderung aufnehmen können, die Graf Posadowsky von seiner Stelle entworfen hat. Der Theorie mag sie einigermaßen nahekommen, von der Wirklichkeit entfernt sie sich ganz bedeutend! Graf Posadowsky hat anzuführen vergessen, daß er nicht nur Staatssekretär im Reichsamt des Innern ist, sondern auch Stellvertreter des Reichskanzlers, als welcher er namentlich unter dem Fürsten Hohenlohe in den meisten inneren Fragen des Reiches einen maßgebenden Einfluß ausübte, daß er außerdem im Bundesrath, in welchem er gewöhnlich den Vorsitz führt, meist der stimmführende Minister Preußens ist und als solcher im Verein mit den Vertretern der Preußen meist folgenden kleineren Staaten in allen Fragen, die nicht eine besondere grundsätzliche Bedeutung haben, welch letztere mitunter — nicht oft — zu Meinungsverschiedenheiten führen, den Ausschlag giebt. Ja, als Staatssekretär des Innern, dessen Amt dafür ja naturgemäß in erster Linie maßgebend sein muß, hat er bisher in sozialpolitischen Fragen häufig genug seine Auffassung und seinen Willen nicht nur gegen mittlere und kleine Bundesstaaten durchgesetzt, sondern sogar gegen Preußen selbst. Es sei nur daran erinnert, daß die preußischen Offiziösen namentlich in Uebereinstimmung mit dem preußischen Handelsminister bei der jüngsten Umgestaltung der Invalidenversicherung die Rentenstellen nachdrücklich bekämpft haben, aber erfolglos, weil das Reichsamt des Innern daran festhielt. Eingeweihte würden wohl noch zahlreiche ähnliche Fälle anführen können. Das Reichsamt des Innern ist zwar selbstverständlich bei allen seinen gesetzgeberischen Plänen an die Zustimmung der Mehrheit des Bundesraths wie des Reichstags gebunden. Aber es wird dem Grafen Posadowsky kaum gelingen, den Beweis zu führen, daß ihm gegenüber die Mehrheit der verbündeten Regierungen auf sozialpolitischem Gebiete die Rolle des Hemmschuhs je gespielt haben. Selbst in der Frage des obligatorischen Neumuthladenschlusses, von dem die meisten Regierungen anfangs nichts wissen wollten, gaben sie schließlich nach, um das Zustandekommen der Novelle zur Gewerbeordnung nicht zu gefährden. Man kann daher dem Grafen Posadowsky in dessen eigenem Interesse nur rathen, die Taktik, die verbündeten Regierungen zu Sündenböcken zu machen, schleunig aufzugeben und sich nach einer anderen Vertheidigungsmethode umzusehen. Die von ihm neuerdings befolgte kann nur unnöthig Blut bei den deutschen Bundesstaaten erregen."

Es ist zu wünschen, daß diese Ausführungen dem Grafen Posadowsky vor Augen kommen, denn es handelt sich bei ihnen nicht um einen Hetzartikel von Sozialdemokraten oder bösen Freihändlern, sondern man hat es hier mit einem offiziösen Blatt zu thun, das es für nöthig hielt, dem Grafen einige Wahrheiten zu sagen, die zwar bitter, aber auch in hohem Maße bezeichnend für die Geschicklichkeit sind, mit der man es in Berlin versteht, die süddeutschen leitenden Kreise vor den Kopf zu stoßen. *

Die Aufgaben der künftigen deutschen Handelspolitik

finden wir zum Gegenstande einer längeren Darstellung in der Londoner „Finanzchronik" gemacht, die anscheinend von wohl informirter Seite stammt und recht beherzigenswerthe Hinweise auf die Folgen enthält, welche die Verwirklichung der zollpolitischen Ansichten und Forderungen der Agrarier und ihres Anhanges zeitigen müßten.

„Wer sich jemals," heißt es in dem Aufsatz, „mit den Fragen der Handelspolitik beschäftigt hat, weiß, daß es für einen europäischen Staat vollständig unmöglich ist, seine Zölle einfach nach seinem Belieben, ohne Rücksicht auf seine Nachbarn, festzusetzen. England hat es bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinein oft genug versucht. Die Erfahrungen, die es dabei gemacht hat, waren derartig schlechte, daß in seinem Innern gewaltige wirthschaftliche Bewegungen entstanden, die auf Bruch mit dem Schutzzollsystem drängten. Schließlich hat es bekanntermaßen aus freiem Willen mit dem veralteten Zollkram gebrochen und sich bei seinem Freihandel besser befunden, als vorher mit den Zollmauern. Frankreich ist, seit es zu dem System der Zollschranken und Schutzzölle zurückgekehrt ist, ununterbrochen wirthschaftlich zurückgegangen. Seine Bevölkerungsziffer sinkt, sein Handel zeigt seit Jahren keinen Fortschritt. Oesterreich-Ungarns Verhältnisse sind schon bereits sprichwörtlich geworden. Alle seine autonomen Zolltarife u. dgl., die es im Laufe des 19. Jahrhunderts eingeführt hat, sind nicht imstande gewesen, seine Industrie und seinen Handel in gleicher Weise zu entwickeln, wie es in Deutschland der Fall war. Es hat sich genöthigt gesehen, letzterem auch in wirthschaftspolitischer Hinsicht sich zu fügen und seine Zolltarife den deutschen Wünschen anzupassen. Selbst der am hartnäckigsten handelsfeindliche und am meisten auf seine wirthschaftliche Selbstständigkeit bedachte europäische Staat, Rußland, ist auf die Dauer nicht imstande gewesen, allen fremden Einfluß auf die Gestaltung seiner Grenzzölle abzuweisen. Seine Finanzen waren während des größten Theils des 19. Jahrhunderts so zerrüttet, seine Industrie in solcher Zurückgebliebenheit, daß es endlich mit seiner Absperrungspolitik brechen mußte. Nachdem es zu Anfang der 90er Jahre erst Frankreich verschiedene Zollvortheile eingeräumt hatte, gestand es Deutschland, und damit der ganzen Welt, weitere Tarifherabsetzungen zu. Wie wenig die Befürchtungen der russischen Schutzzöllner anläßlich dieses Schrittes gerechtfertigt waren, beweist heute der Rubeltarif und die russische Handelsstatistik."

Aus diesen trüben Erfahrungen der anderen Staaten zieht der Verfasser die ganz natürliche und zutreffende Schlußfolgerung, daß auch Deutschland sie machen werde, wenn es nicht in der Lage sei oder absichtlich unterlasse, aus der Lehre, die andere Staaten erhielten, die entsprechende Nutzanwendung zu ziehen.

„Möge man im Reichstage gegenwärtig die Getreidezölle auf 5, 6 oder gar 7 M. erhöhen — es wird sich nur fragen, ob die Regierung auf einer solchen Basis Handelsverträge zustande bringen wird, die den Bedürfnissen Deutschlands entsprechen. Glückt das nicht, und das ist natürlich heute noch gar nicht zu übersehen, so steht man vor der Frage: will man auf den größeren Theil des deutschen Ausfuhrhandels verzichten und sich damit begnügen, in der Hauptsache für den Bedarf im Lande zu produziren, oder will man die Landwirthschaft zwingen, mit den Getreidezöllen sich abzufinden, welche bei den anderen Staaten unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Industrie durchzusetzen sind? Es fehlt in Deutschland nicht an welt- und wissenschaftsfremden Schwärmern, die für den ersten Weg eintreten. Die Folge seines Betretens wäre gerade so wie in Großbritannien, wenn es plötzlich drei Viertel seines Exports einbüßte, Ruin eines großen Theils der Industrie und damit dieser Rentner, Brotloswerden vieler Millionen von Arbeitern, Schwächung der gesammten Volkswirthschaft, Staatsbankerott und wahrscheinlich offene soziale Revolution. — Ob für eine solche Politik Graf Bülow oder sonst ein ernst zu nehmender Staatsmann zu haben wäre, darf wohl mit Sicherheit bezweifelt werden. Vorderhand wird man daher gut thun, sich über die auf Fragen der Handelspolitik bezüglichen Gerüchte nicht sonderlich aufzuregen. Zu diesen Angelegenheiten kann erst nach Zustandekommen der neuen Verträge ein entscheidender Beschluß gefaßt werden."

Also auch die Stimme in der „Finanzchronik" gelangt zu dem Resultate, daß wir einer trüben Zeit entgegengehen, wenn es den Hochschutzzöllnern gelingt, ihren Willen durchzusetzen. Allein wir befürchten, sie überschätzt den Grafen Bülow und die übrigen Rathgeber der Krone in ihrer wirthschaftspolitischen Weisheit, denn sonst hätten ihr Zweifel daran, daß die leitenden Kreise einer agrarischen Politik geneigt sein könnten, nicht aufkommen dürfen. Wir halten die Gefahr eines Einlenkens der Regierung in hochschutzzöllnerische Bahnen nach wie vor in hohem Grade für vorliegend und erachten es für richtiger, nicht Gewehr bei Fuß zuzusehen, wie dem wirthschaftlichen Rückgang Deutschlands der Boden bereitet wird, sondern jede Gelegenheit zu benutzen zu dem Hinweise auf die schweren Rückwirkungen, welche das Nichtzustandekommen neuer Handelsverträge auf die Erwerbslage haben muß und zur Betonung der Nothwendigkeit einer rührigen Bekämpfung all und jeder Interessenpolitik. *

Politisches.

* Die „Berl. Pol. Nachr." hatten gestern das Bedürfniß gefühlt, in einer mehr langathmigen wie überzeugenden Auslassung die seit Jahren von liberaler Seite empfohlene Quotisirung der Einkommensteuer zum Gegenstande einer Kritik zu machen und die Behauptung aufzustellen, daß „heute eine Quotisirung der Einkommensteuer in Preußen von ernsthaften Finanzpolitikern nicht mehr erwogen wird." Den Beweis dafür ist das Organ des Herrn Miquel natürlich schuldig geblieben — wahrscheinlich in der ganz richtigen Erkenntniß, daß er überhaupt nicht zu führen ist. Was in allen konstitutionellen Staaten als selbstverständlich gilt, das soll bei uns in Preußen gar nicht mehr der Erwägung werth sein? Die „Berl. Pol. Nachr." wissen selbst darauf hin, daß die Quotisirung der Einkommensteuer noch in dem Generalbericht der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses vom Jahre 1879 gefordert sei. Sie hätten hinzufügen sollen, daß nicht nur der Abg. v. Benda — damals Vorsitzender der Budgetkommission — und der Abg. Rickert als Referenten für die Quotisirung eingetreten sind, sondern auch die weitaus große Majorität des Abgeordnetenhauses, einschließlich wenigstens eines Theiles der freikonservativen Partei. Seitdem sind die Gründe für eine Quotisirung der Einkommensteuer nicht schwächer, sondern stärker geworden. Das auseinanderzusetzen, würde hier zu weit führen. Bei der Berathung der Bundesverfassung im Jahre 1867 waren es namentlich die Abgeordneten Miquel und Twesten, welche namens der Majorität des Reichstags eine quotisirte Reichssteuer verlangten und die Matrikularbeiträge nur dann aufzugeben erklärten, wenn eine gleichwerthige quotisirte Steuer statt der Matrikularbeiträge eingeführt würde. „Eine Reichssteuer," sagte der Abg. Miquel damals u. a., „können wir uns in der Kürze der Zeit nicht schaffen; wi

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010123026/fragment/page=0001

müssen uns nur verfassungsmäßige Garantien der demnächstigen Einführung einer Reichssteuer schaffen." Vielleicht rechnet der Verfasser des Artikels der „Berl. Pol. Nachr." diese beiden Männer mit Rücksicht auf ihre damalige Haltung auch nicht zu den „ernsthaften Politikern"?

* Ein geradezu klassisches Beispiel für die Urtheilslosigkeit, mit der gewisse Blätter notorische Thatsachen auf den Kopf stellen, wenn ihnen diese naturwidrige Stellung in den Krom paßt, liefert das hiesige agrarische Organ in seiner gestrigen Nummer. Dort wird von einem Finanzgelehrten der zahlenmäßige Nachweis erbracht, daß das Lamento über die ungeheuren Aufwendungen Deutschlands für Heer und Marine vollständig unbegründet sei. Danach verausgabt das Deutsche Reich alles in allem 680 Millionen Mark für die nationale Vertheidigung, gegenüber einer Ausgabe von 1560 Millionen für „andere Zwecke". Somit würde also nur knapp ein Drittel der Ausgaben auf Heer und Marine entfallen. Man kann dem Verfasser zugeben, daß in diesem Falle kein besonderer Anlaß wäre, ein großes Lamento über Militarismus 2c. zu erheben. Allein wie liegt die Sache in Wirklichkeit? Nach den Voranschlägen für 1900 (das laufende Etatsjahr ohne Nachtragsetat) erfordert die Verwaltung des Reichsheeres (inkl. Bayern) im ordentlichen Etat an fordauernden Ausgaben 541,5 Millionen Mark, an einmaligen Ausgaben 98,4 Millionen, im Extraordinarium 25,7 Millionen, die Verwaltung der Marine resp. 73,9, 48,0 und 40,3 Millionen, zusammen 827,8 Millionen Mark. Hinzu treten noch aus dem Allgemeinen Pensionsfonds 66,8 Millionen und kleinere Summen für das Reichsmilitärgericht, endlich der weitaus größte Theil der Verzinsung der Reichsschuld, so daß eine Gesammtsumme für Heer und Marine von mindestens 950 Millionen Mark herauskommt. — Die Gesammtausgabe ist 2056,5 Millionen, so daß also nur etwa 1100 Millionen für „andere Zwecke" blieben. In diesen 1100 Millionen stecken aber noch durchlaufende Posten, so z. B. die Ueberweisungen an die Einzelstaaten mit 514,9 Millionen, die Ausgaben der Post- und Telegraphenverwaltung, der Reichsdruckerei und der Eisenbahnverwaltung allein an fortdauernden Ausgaben mit 406,2 Millionen. Letzteres sind Institute, für die das Reich thatsächlich keine Aufwendungen macht, sondern die es noch ausmacht. Giebt es eine ärgere Verwirrung, als so ganz verschiedenartige Aufwendungen in einen Topf zu werfen. Wir begnügen uns mit diesen Angaben und gehen insbesondere auf die phantastischen Rechnungen und Schlußfolgerungen des agrarischen Organs, soweit die Etats der Einzelstaaten in Betracht kommen, nicht ein. Das Gesagte genügt, um den Grad des Verständnisses in Finanzfragen zu illustriren, der in den Blättern dieses Schlages vorherrscht.

* Der neue Bueck-Brief ruft, wie vorauszusehen war, in der gesammten Presse lebhafte Erörterungen hervor. Den konservativen Blättern, sowie denjenigen Organen, die sich die Vertretung großindustrieller Interessen zur Aufgabe gemacht haben, ist die Veröffentlichung natürlich äußerst unbequem und sie suchen sich deshalb auch nach Möglichkeit an einer Diskussion über den Inhalt des Schreibens vorbeizudrücken; dafür ist die Kritik desjenigen Theiles der Presse, der sich noch ein unabhängiges Urtheil bewahrt hat, um so nachhaltiger. So erscheinen den „Münch. Neuest. Nachr." beispielsweise die Mittheilungen des Herrn Bueck über die Aeußerungen des Handelsministers Brefeld so unglaublich, daß sie bemerken:

„Traurig wäre es, wenn ein preußischer Handelsminister im Jahre 1896 noch so rückständigen sozialpolitischen Anschauungen gehuldigt hätte, wie aus dem Briefe hervorzugehen scheint. Hoffen wir, daß Herr Bueck die Ansichten des Ministers Brefeld nicht genau verstanden oder wiedergegeben hat."

Nun, die folgenden Auslassungen der „Köln. Volksztg." zu der Angelegenheit können dem reichsoffiziösen Münchener Blatte den Beweis liefern, daß es doch eine zu gute Meinung von dem preußischen Handelsminister hat, denn das ultramontane Organ schreibt:

„So unzufrieden der Centralverband mit Herrn v. Berlepsch war, so unzufrieden war er nach der Schilderung des Bueckschen Briefes mit Herrn Brefeld. Als Brefeld Handelsminister geworden war, suchte Bueck ihn alsbald auf, um ein sozialpolitisches Examen mit ihm vorzunehmen, das er glänzend bestand. Und die Erfahrung hat gelehrt, daß der Centralverband sich in Herrn Brefeld nicht getäuscht hat. Er arbeitete ganz im Geiste des Centralverbandes. So unterließ er die Heranziehung der Bergarbeiter zur Bergwerksaufsicht, die den Industriellen nicht gefiel. Er entwickelte bei der Berathung des Zuchthausgesetzes, das ja ganz nach dem Herzen des Verbandes war, einen solchen Eifer, daß er alle übrigen Regierungsvertreter in den Schatten stellte. Bei den Verhandlungen über die Kohlennoth haben die Grubenbesitzer keinen rückhaltloseren Vertheidiger ihrer Interessen gefunden als den preußischen Handelsminister. Von irgend welcher nennenswerthen sozialen Reformthätigkeit des Ministers hat man nie etwas erfahren."

Und so urtheilt man über Herrn Brefeld's Thätigkeit nicht nur in Centrumskreisen. Aber ganz abgesehen davon; ist es nicht ein ganz unhaltbarer und bedauerlicher Zustand, daß die Regierung nun bei allen ihren sozialpolitischen Maßnahmen mit dem Verdachte kämpfen muß, unter dem Einflusse des Central-Verbandes zu handeln und ist eine solche Situation dem Ansehen der Regierung förderlich?

* Zum Krönungsjubiläum sind, wie vorauszusehen war, hier und da wahrhaft byzantinische Orgien gefeiert worden. In einer Berliner Zeitschrift lesen wir beispielsweise:

„Die Vorliebe des Monarchen (Wilhelm II.) für die deutsche Flotte, für Gewinnung von Landbesitz und Einflußsphären in den außereuropäischen Kontinenten ist bekannt und viel belobt. Seine blendende Erscheinung entzückt, sein Wort gilt als ein gewichtiges, so weit die Sonne scheint. Von dem Tritt seiner Füße bebt die Erde, und sein Volk beugt, in schweigender, wiewohl staunender Bewunderung seines Genies, das Haupt vor ihm zu Boden, in stummer Verehrung, dem erhabenen Grundsatz seines geliebten Monarchen beistimmend: suprema lex regis voluntas."

Die Zeitschrift, die diese Geschmacklosigkeit verzapft, nennt sich „Vornehme Welt". Warum schließt sich das Blatt nicht lieber der Mutter Erde an und verharrt in stummer Verehrung?

* „Die für den 18. Januar erwartete Amnestie ist zwar ausgeblieben, doch hofft man in den juristischen Kreisen noch immer, daß dieselbe kommen wird und zwar am 27. Januar, dem Geburtstage unseres Kaisers." So theilt uns die „Berl. Wissenschaftliche Korresp." mit und sie macht damit ihrer Leichtgläubigkeit alle Ehre. Im Volk hat man sich längst damit abgefunden, daß nur die Militärs und Staatsdiener sind, die für würdig erachtet werden, daß man ihren an nationalen Festtagen gedenkt.

Volkswirthschaftliches.

* Der Reichskanzler beabsichtigt, monatliche Nachweise über die Lage des Kohlenmarktes, der Kohlenversorgung und über die Kohlenpreise einiger großer Städte zu veröffentlichen. Der preußische Handelsminister hat zu diesem Zweck eine Anzahl von Handelsvertretungen sowie das Aeltesten-Kollegium ersucht, monatliche Berichte über Eingang, Versandt und Preise zu liefern.

* Die Geschäftsführung der Proviantämter gefällt den Agrariern immer noch nicht, trotzdem sich die Armeeverwaltung Mühe giebt, sie nach deren Wünschen einzurichten. Zur Zeit sind sie umzuleiden darüber, daß die Proviantämter Getreide von auswärts mit einer Frachtermäßigung von 33⅓ v. H. beziehen. Der „Rhein.-Westf. Ztg." wird darüber berichtet:

Vertreter preußischer Landwirthschaftskammern sind deswegen bereits bei den zuständigen Ministerien vorstellig geworden, haben aber die Antwort erhalten, daß der Militärfiskus nur von seinem guten Rechte Gebrauch mache, wenn er die Beförderung von Getreide im Inlande zu zwei Drittel des eigentlichen Frachtsatzes verlange. Trotzdem soll neuerdings der Versuch gemacht werden, in einer näher zu begründenden Eingabe an den preußischen Kriegsminister darauf hinzuwirken, daß die Proviantämter angewiesen werden, ihren Bedarf in erster Linie innerhalb der Provinz zu befriedigen, und erst wenn dieser Bedarf größer ist, ihn anderswo zu decken.

Man darf darauf gespannt sein, ob es den Landwirthschaftskammern, die ja nicht über Mangel an Einfluß zu klagen haben, gelingen wird, den Militärfiskus, der doch so billig kaufen muß, wie er kann, den agrarischen Interessen noch gefügiger zu machen.

* Die schlesischen Abgeordneten, die bei der ersten Kanalberathung gegen die Vorlage gestimmt hatten, haben bekanntlich ihren Widerstand aufgegeben. Das gefällt der „Post" nicht, die zu neuer Bekämpfung der Kanalvorlage aufstachelt. Das edle Scharfmacherorgan sucht den Schlesiern vorzuhalten, daß ihren Forderungen durch die Kanalvorlage in keiner Weise gewinkt werde. Charakteristisch für die Ausführungen ist der Satz, daß, wenn auch die volle Frachtparität zwischen Westfalen und Oberschlesien geschaffen würde, die unter schwierigen Produktionsverhältnissen arbeitenden oberschlesischen Eisenwerke nicht vor der verstärkten Konkurrenz der Arbeiten in Peine geschützt sein würden. Das heißt also mit anderen Worten: Verbesserung der Verkehrsverhältnisse muß auch unterbleiben, wenn sie gleichmäßig dem Osten und Westen zu statten kommt, wenn in einem Theil des Staats die Produktionsverhältnisse günstiger sind. Die Konsequenz dieser Anschauung müßte dahin führen, durch Schutzzölle im Innern Deutschlands die einzelnen Landschaften gegeneinander gleich fremden Staaten abzuschließen. Es wird immer besser!

* Ueber die Gestüte und deren Betriebsergebnisse ist dem Landtag der übliche Nachweis mitgetheilt worden. Danach sind in die Landgestüte im Kalenderjahr 1900 einrangirt worden aus den Hauptgestüten 108 Hengste, darunter 6 Vollblutthengste. Durch Ankauf wurden 6 Vollblutthengste, 192 Halbblutthengste und 96 Kaltblutthengste erworben. Am 1. Januar 1901 betrug der Bestand an Beschälern einschließlich 576 in den Hauptgestüten gezogenen in den Landesgestüten 2909 gegen 2842 im Vorjahre. Unter den 2909 Beschälern waren 92 Vollblut-, 2318 Halbblut- und 499 Kaltblutthengste.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Das Kultusministerium hat nach der „Nat.-Ztg." angeordnet, daß an den amtlichen Stellen eine regelmäßige Durchsicht der medizinischen Litteratur stattfinde, damit rechtzeitig auf ungehörige Versuche an Menschen und Thieren aufmerksam gemacht werden kann.

* Wegen Majestätsbeleidigung ist in Bochum ein Kriegshuvilde zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Wegen desselben Vergehens, verbunden mit Mißbrauch der Dienstgewalt, grobem Unfug und muthwilligem Reiten in bestellte Felder wurde vom Kriegsgericht zu Bamberg der Uhlan Oefele zu 1½ Jahren Gefängniß und 49 Tagen Haft verurtheilt.

Gesundheitspflege.

* Die Anzeigepflicht für Tuberkulose ist mit ziemlich scharfen Strafandrohungen im Königreich Sachsen durch königliche Verordnung eingeführt worden. Die Anzeigepflicht bei Todesfällen wird, wie es scheint, allseitig gutgeheißen; dagegen wird die Anzeigepflicht bei Erkrankungen seitens vieler sächsischer Bezirksvereine als Eingriff in das ärztliche Berufsgeheimniß angesehen und wegen der unterlassenen Ausdehnung der Anzeigepflicht auf die Kurpfuscher für wirkungslos angesehen. Ob die gesetzlich verfügte Anzeigepflicht in der That zu einer Eindämmung der verheerenden Volkskrankheit führen wird, bleibt abzuwarten; in dieser Beziehung wird das in Sachsen gemachte Experiment durchaus lehrreich sein.

Koloniales.

* Der Gouverneur von Kiautschou, Kapt. z. S. Jaeschke, ist, wie wir meldeten, erkrankt. Nach dem „Ostas. Lloyd" hat jetzt Major Christ die Geschäfte des Gouvernements übernommen. Gouverneur Jaeschke leidet schon seit längerer Zeit an der Ruhr, zu der sich noch ein Darmtyphus gesellt hat.

* Als Nachfolger des Gouverneurs v. Liebert in Deutsch-Ostafrika war auch der deutsche Konsul Frhr. v. Rechenberg in Sansibar genannt worden. Er ist jetzt nach Petersburg versetzt und zwar, wie die „Tägl. Rundsch." behauptet, auf Betreiben des englischen Konsuls Hardinge in Sansibar. Als Grund führt das Blatt folgende Vorgänge an: Als der Aschanti-Krieg ausbrach, warden die Engländer Soldaten in Ostafrika an, auch in Sansibar. Da diese Anwerbung meist gegen den Willen der betreffenden Eingeborenen geschah, so artete dieses Verfahren in eine Art Menschenraub aus. Dem widersetzte sich Rechenberg, dessen Protest sich alle anderen Konsuln und Vertreter anschlossen. Um sich aber mit einem papiernen Protest nicht zu begnügen, ließ er Zettel drucken mit der Aufschrift: Mimi M'Datschi (ich bin Deutscher). Diese hefteten sich die Neger an ihre Kofia (Kopfbedeckung) und waren so den Nachstellungen Hardinge's entzogen.

Ausland.

Der südafrikanische Krieg.

Die Nachrichten aus Südafrika fließen in den letzten Tagen so spärlich und sind so unwichtigen Inhalts, daß man fast glauben könnte, die Telegraphenverbindungen im Innern seien zerstört worden. Infolge dieses Mangels an telegraphischen Nachrichten muß man sich an briefliche Mittheilungen halten, die ja zuweilen ebenfalls ganz interessant sein können. So finden wir beispielsweise in der „Post" ein Schreiben aus Hannover veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß General Buller nicht der einzige britische General war, der in die Gefangenschaft der Buren gefallen ist. Es heißt in jener Zuschrift:

„Vor einigen Tagen nahmen wir wieder einen englischen Oberst gefangen; ich glaube, das ist der siebente, den die Buren gefangt haben. Wir haben drei Generale, Buller, Hunter und Ehlen (vermuthlich Ellis) gehabt, und außer den Obersten noch andere höhere Offiziere. Wir nehmen diesen Leuten den Eid ab und den Blutskauf (?), denn das Ehrenwort zieht nicht mehr. Sie müssen die Waffen abliefern und sich auf Eid und Blut verpflichten, nicht mehr in Südafrika zu kämpfen. Fassen wir sie wieder, kriegen sie eine Kugel auf die Brust gesetzt. Einen Offizier mußten wir bereits dieserhalb erschießen; doch das hilft nicht, ehrlich muß die Sache zugehen. Wir haben jetzt Munition aus England gekriegt (!), weiß der Teufel, wie die Kerle die aus Land gebracht haben."

Vor kurzem wurde gemeldet, General Hunter sei als krank heimgesandt und durch Oberst Lucas ersetzt worden. So also steht die Krankheit des verunglückten Strategen aus!

Ein furchtbarer Feind droht den Engländern in Südafrika zu erwachsen. Nach dem „Lok.-Anz." ist es einem in Brüssel vorliegenden glaubwürdigen Privatbriefe zufolge die wirkliche Beulenpest und nicht der Typhus, welche in der englischen Armee in Südafrika so furchtbare Verheerungen anrichtet.

In Sachen der im vorigen Jahre in Hamburg beschlagnahmten Goldsendung aus Transvaal hat jetzt auch das Reichsgericht entschieden, daß die vom Hamburger Landgericht verfügte Wegnahme des Goldes unzulässig sei.

Oesterreich-Ungarn.

Die feierliche Eröffnung des Reichsrathes durch eine Thronrede findet erst am 4. Februar statt. Mehrere Blätter bringen Andeutungen über eine bevorstehende Ministerkrise.

Nach dem statistischen Ausweise über den auswärtigen Handel Oesterreich-Ungarns betrug die Einfuhr im Dezember 1900 145,300,000 Kronen oder 10,700,000 Kronen mehr als im Dezember 1899. Die Ausfuhr betrug im Dezember 1900 166,200,000 Kronen (22,500,000 Kronen mehr als im Dezember 1899.) Es ergiebt sich somit pro Dezember ein Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von 20,900,000 Kronen gegen 9,100,000 im Jahre 1899. Während der Monate Januar bis einschließlich Dezember 1900 bezifferte sich die Einfuhr auf 1,683,500,000 Kronen (74,600,000 Kronen mehr als im gleichen Zeitraum 1899), die Ausfuhr auf 1,911,900,000 (50,300,000 Kronen mehr, als im Jahre 1899). Das Aktivum der Handelsbilanz im Jahre 1900 betrug 228,400,000 Kronen gegen 252,700,000 Kronen im Vorjahre.

Frankreich.

In der Deputirtenkammer wurde am Dienstag die Berathung des Vereinsgesetzentwurfes wieder aufgenommen. Ribot erklärte, er wolle ebenfalls das Uebergewicht der Civilgewalt, aber er lehne es ab, der Regierung in ihrem Feldzuge gegen die Katholiken zu folgen; er wünsche Freiheit für alle. Der Redner vertheidigte das Konkordat, welches eine Garantie für den religiösen Frieden sei, befürwortete die Unterrichtsfreiheit und warf schließlich der Regierung vor, daß sie die Beruhigung der Geister hindere. (Beifall im Centrum.)

Brisson beschuldigte die Kongregationen der offenen Empörung gegen die Gesetze. Er unterzog die Art und Weise, wie die Kongregationen ihre Besitzthümer erworben haben, einer kritischen Betrachtung, schätzte ihr unbewegliches Vermögen auf eine Milliarde, ihr bewegliches Vermögen auf zehn Milliarden und verlangte schließlich, daß der Besitz der nicht genehmigten Kongregationen für die Schaffung von Arbeiter-Pensionskassen verwendet werde. (Beifall links.) Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Großbritannien und Irland.

Albert Eduard, bisher Prinz von Wales, soll beabsichtigen, als König sich Eduard, unter Fortlassung des Namens Albert, zu nennen. Er würde der siebente Eduard auf dem britischen Königsthrone sein. Wenn es wahr ist, daß er jene Namenswahl getroffen hat, dann würde sie insofern bedeutsam sein, als sie zu bestätigen geeignet ist, daß er den Namen seines Vaters, des Prinzgemahls Albert, mit tendenziöser Absicht ablegt. Das würde übereinstimmen mit seiner wenig deutschfreundlichen Gesinnung, es würde auch mit manchem anderen übereinstimmen. Der Lebenswandel des Prinzen hat bei Vater und Mutter niemals Billigung gefunden, und die daraus entstandene Entfremdung soll sogar bei der jetzigen Erkrankung der Königin stark wahrnehmbar geworden sein.

Der Ruf, in den der neue König sowohl in England wie auch im Auslande steht, ist eigenartig. Niemand kann sagen, daß ihm ein ungewöhnlich großes Maß von Verehrung oder Sympathie entgegengebracht würde. Gewiß, man spricht nicht selten von ihm, aber man kann nicht sagen, daß man gerade häufig Gutes von ihm spricht. An Staatsangelegenheiten hat der neue König noch kein Interesse bekundet, dagegen ist er bekannt als ein Mann, den seine Passionen zuweilen schon in eine peinliche Situation gebracht haben. Es sei nur an den Spielprozeß im Jahre 1891 erinnert, der zur Folge hatte, daß der dem Prinzen befreundete Oberst Gordon-Cumming wegen Falschspieles aus den Listen der Armee gestrichen wurde, und ferner an die empörenden Enthüllungen der „Pall Mall Gazette".

Vermählt ist der neue König, der im 60. Lebensjahre steht, seit dem 10. März 1863 mit der Prinzessin Alexandra von Dänemark, der Tochter des Königs Christian und der Königin Luise von Dänemark und der Schwester der russischen Zarin-Wittwe. Die jetzige Königin von England ist am 1. Dezember 1844 geboren. Dieser Ehe sind vier Kinder entsprossen.

Der nunmehrige Thronfolger, bisherige Herzog von York, Georg Friedrich Ernst Albert, ist am 3. Juni 1865 geboren und seit dem 6. Juli 1893 vermählt mit Viktoria Mary Fürstin von Teck, aus welcher Ehe wiederum drei Söhne und eine Tochter vorhanden sind. Die drei Schwestern des Herzogs von York sind die Prinzessinnen Luise, vermählt mit dem Herzog von Fife, die Prinzessin Viktoria und die Prinzessin Maud, vermählt mit dem Prinzen Karl von Dänemark.

Der populärste Mann in England ist gegenwärtig unser Kaiser. Seine Reise an das Sterbelager seiner Großmutter hat die Engländer geradezu in Begeisterung versetzt. Es verlautet übrigens, daß die Königin Viktoria ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen hatte, ihren kaiserlichen Enkel noch einmal zu sehen. Diesen Wunsch hat der Kaiser unverzüglich erfüllt und es durch die Beschleunigung, mit der er seine Reise antrat, erreicht, daß er die Königin thatsächlich noch lebend antraf und eine Unterredung mit ihr hatte. Diese Unterredung währte nur einige Minuten, sie soll aber einen tiefen Eindruck auf den Kaiser hinterlassen haben. Den Prinzen von Wales hat die Königin, trotzdem er in Osborne mit dem Kaiser zugleich eintraf, nicht mehr gesprochen.

Die Leiche der Königin wird nach den bisherigen Dispositionen am Donnerstag nach Windsor gebracht werden. Die Könige von Italien, Belgien und Griechenland haben Mittheilungen gesandt, daß sie zum Begräbniß in London eintreffen werden. Der König von Dänemark wird sich bei der Trauerfeier durch den Kronprinzen vertreten lassen.

Bulgarien.

Der von uns ausgesprochenen Erwartung gemäß hat der Rücktritt Tontschew's, des Ministers des Aeußern, die Demission des Gesammtkabinets nach sich gezogen. Ministerpräsident Iwantschow erwartete, der Fürst werde ihm das Aeußere anvertrauen, zumal er schon vor der letzten Umbildung des Ministeriums neben der Ministerpräsidentschaft auch das Aeußere innegehabt hat. Der Fürst ließ ihm aber Vorschläge über die Entlassung Tontschew's und die Betrauung Petrow's mit dem Ministerium des Aeußern abjudeln und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010123026/fragment/page=0002

reiste, ohne mit Jwantschow Rücksprache genommen zu haben, nach Phillippopel ab. Diese Beweise des verlorenen Vertrauens und die Aussicht, daß er in der Sobranje ohne nennenswerthen persönlichen Anhang bleiben werde, bestimmten Jwantschow, die Entlassung einzureichen. Voraussichtlich wird Petrow mit der Umbildung des Kabinets betraut werden, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß Jwantschow die Finanzen beibehält.

Provinzialnachrichten.

♂ **Hettstedt**, 22. Januar. [Jagdverpachtung. — Tod.] Bei der heute nachmittag erfolgten öffentlichen Verpachtung der Jagd auf dem Flurbezirk Hettstedt, für die bisher seit vielen Jahren 450 Mark Jahrespacht gezahlt wurde, ist das Höchstgebot von 1700 Mark abgegeben worden. — Einem Kindermädchen starb heute ein fünf Monate altes Mädchen auf offener Straße im Mantel.

♂ **Bitterfeld**, 22. Jan. [Verhafteter Dieb.] Gestern nachmittag wurden durch einen mehrfach, zuletzt mit 1½ Jahren Zuchthaus bestraften Landstreicher, Namens Fr. Wilh. Kunath aus Naumburg, mehrere dreiste Diebstähle in unserer Stadt ausgeführt. Der Dieb wurde verhaftet.

XX **Jeffen**, 22. Jan. [Zählungen.] Nach der am 1. Dezember 1900 stattgehabten Volks- und Viehzählung ist das Ergebniß im Kreise Schweinitz folgendes: Es waren vorhanden 39,634 Personen, und zwar 19,066 männliche und 20,566 weibliche (im Jahre 1895 zählte der Kreis 40,218 Personen, 19,433 männliche und 20,780 weibliche). Die Städte des Kreises zählten in Summa 12,030 Personen, und zwar 5793 männliche und 6237 weibliche (1895: zusammen 12,257, 5977 männliche und 6280 weibliche). Das platte Land ergab 27,604 Personen, 13,275 männliche und 14,329 weibliche (1895: zusammen 27,961, 13,461 männliche und 14,500 weibliche. Es ergiebt sich daher im Jahre 1900 gegen das Jahr 1895 eine Abnahme im Kreise von 584 Personen, 370 männliche und 214 weibliche; davon in den Städten 227 Personen, 184 männliche und 43 weibliche, auf dem Lande 357 Personen, 186 männliche und 171 weibliche. —. Die Gesammtzahl der Gehöfte betrug bei der Viehzählung 6443 und dergleichen mit Viehstand 6160; viehbesitzende Haushaltungen wurden gezählt 7338. Im ganzen Kreise waren vorhanden: Pferde 5636, Esel 2, Rindvieh 28,819, Schafe 11,116, Schweine 31,504, Ziegen 4573, Federvieh 78,633, Bienenstöcke 3372 und Obstbäume 347,640.

u. **Weißenfels**, 22. Jan. [Gauner. — Vortrag.] Der Polizei gelang es heute einen frechen Spitzbuben festzunehmen, welcher in den letzten Tagen zwei Postanweisungen von der Post abgeholt und nach Fälschung der Namensunterschrift die Beträge abzuheben versucht hatte. Am Montag hatte er auf dem Bahnhofe einem Handelsmann aus Eckarsberga einen Beutel mit 60 M. entwendet. Der Dieb ist der 17jährige Arbeiter Paul Grunhmann. — In der Deutschen Kolonialgesellschaft hielt heute abend Hauptmann von François, ein Bruder des bekannten „Afrikaners" und Neffe der in Weißenfels im Jahre 1893 verstorbenen Novellistin von François einen Vortrag über „Episoden aus dem Leben Henderik Witbooks und seines Stammes."

K. **Erfurt**, 22. Jan. [Diebstahl. — Fischbrut.] Dem in Bischleben wohnenden Fischmeister des „Fischereivereins für den Regierungsbezirk Erfurt," Herrn Nagel, wurden aus einem im Gerafluß angebrachten Fischkasten sämmtliche Zucht-Spiegelkarpfen und Forellen gestohlen. Man ist dem Liebhaber billiger Fische auf der Spur. — Ein interessantes Stillleben entfaltet sich gegenwärtig in der vom „Fischereiverein für den Regierungsbezirk Erfurt" eingerichteten Fischbrutanstalt am Ufer der Gera zu Erfurt. In langen Reihen stehen dort, durchrieselt von Quellwasser 54 kalifornische Brutröge, welche insgesammt 400,000 Stück Forelleneier bergen. Eine große Zahl ist geplatzt, und die noch mit dem Dottersack versehenen, winzig kleinen Fischchen huschen munter hin und her. Im Frühling werden die jungen Fische in die verschiedenen Gewässer des Regierungsbezirks gesetzt.

Heiligenstadt, 22. Jan. [Volkszählung. — Sparkasse.] Die Einwohnerzahl unserer Stadt beträgt nach dem jetzt vorliegenden endgiltigen Ergebniß der Volkszählung 7267; davon sind 3418 männliche und 3849 weibliche Personen. — Der hiesige Spar- und Darlehnskassenverein (Raiffeisen) hat beschlossen, den Zinsfuß für Einlagen von 3½ auf 3½ Proz. zu erhöhen.

+ **Vom Eichsfelde**, 21. Jan. [Bohrungen. — Ertrunken. — Entsprungen.] Die Bohrungen auf Kupferschiefer unterhalb des Weißner zwischen Albungen und Allendorf-Sooden sind von großem Erfolge begleitet gewesen und haben alle Erwartungen weit übertroffen. Das bereits gemuthete Kupferschieferflöz soll eine Größe von ca. 71 Mill. Quadratmeter besitzen. Da ferner durch Analysen der Kupfergehalt des Flözes durchschnittlich 1 Proz. mehr beträgt, als das weit und breit als sehr rentabel bekannte Mansfelder Kupferschieferflöz, und der Abbau in den ersten 20 bis 30 Jahren ohne große Schachtanlagen und Wasserhaltungen, sondern meist mit Stollenbetrieb erfolgen kann, so ist die Gewähr geleistet, daß hier ein selten günstiger und lohnender Betrieb vor sich gehen wird. Das Unternehmen soll in eine Gewerkschaft umgewandelt werden; die Kuxe sollen binnen kurzem zur Ausgabe gelangen. — Der Weißbinder Pagel aus Diemarden, der seit einigen Tagen verschollen war, wurde als Leiche aus der Garte gezogen. — Ein wegen Diebstahls bestrafter Gefangener, der den Kalfaktordienst verrichtete, ist aus dem Gefängniß zu Reinhausen entsprungen. Trotz sofort aufgenommener Verfolgung konnte man den Flüchtling bisher nicht wieder einfangen.

— [Personalien.] Charakterverleihungen: Dem Kreissekretär Burchardt in Torgau wurde der Charakter als Kanzleirath, dem Regierungs- und Schulrath Dr. Edmund Treibel zu Merseburg der Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen.

— Personalien im IV. Armeecorps. Garnison-Bauinspektor Polack zu Naumburg a. S. in die Lokal-Baubeamtenstelle Altona I zum 1. April 1901 versetzt. — v. Werder, Major a. D., als Garnison-Verwaltungs-Oberinsp. a. Pr. in Wittenberg angestellt.

-b. **Dessau**, 22. Jan. [Der „Dame von Maxim,] die im „Anhalter Staatsanzeiger" kurz vor ihrer Aufführung durch das Ensemble des Thaliatheaters in Halle einen erbitterten Gegner gefunden hatte, wurde trotz ihrer angeblich so staatsgefährlichen und entsittlichenden Manieren vom hiesigen Publikum eine sehr freundliche Aufnahme bereitet. Das Theater war vollständig ausverkauft und bildete an diesem Abend den Treffpunkt der vornehmsten Kreise. Selbst die hohe Polizei hatte einen Gesandten abgeordnet, freilich nicht um der Vorstellung zu folgen, sondern — den Theaterdirektor zur Vorlegung seines Führungsattestes (!) aufzufordern. — Nun ja, wer in der Gesellschaft einer Dame, wie der unedel geborenen „von Maxim" (übrigens ein in den weitesten Hofkreisen unbekanntes Adelsgeschlecht) reist, muß schon schwarz auf weiß nachweisen können, daß sich wenigstens an seiner Seele kein Makel befindet.

* **Leopoldshall**, 22. Jan. [Kanalisation.] Unter Leitung des Wasserbauinspektors Brannigk aus Dessau nimmt seit heute eine Kommission Nivellirungsarbeiten in der Grenz- und Gartenstraße vor. Man hofft, das sich im Senkungsgebiet sammelnde Wasser durch einen Kanal nach der Bode leiten zu können. Die dringenden Bitten der Bewohner des Salinenviertels um Entwässerung dieser Gegend hatten vor 3 Jahren Gehör gefunden. Der Gemeinde war von der Regierung auferlegt, die zur Kanalisation nothwendige Summe durch Zurücklegen von jährlich 6000 M. zu bilden. Da der Anschluß der Entwässerungsanlage des Salinenviertels an der Ecke der Bernburger- und Grenzstraße leicht herzustellen wäre, so würden der Gemeinde nur die halben Kosten erwachsen. Die Bewohner des Salinenviertels würden also in kurzer Zeit ihre Wünsche erfüllt sehen.

* **Gera**, 21. Jan. [Der Landtag] unseres Fürstenthums wurde heute morgen durch den Staatsminister Engelhardt im Auftrage des Erbprinzen zu einer voraussichtlich nur kurzen Tagung eröffnet. In der Hauptsache wird sich der Landtag mit einer Vorlage, betr. die Herstellung einer Eisenbahn von Gera nach Münchenbernsdorf, mit einem Gesetzentwurf über die Bezirksausschüsse und mit dem Rechenschaftsbericht über die vorige Etatsperiode zu beschäftigen haben. Wegen der Eisenbahnvorlage hat die preußische Regierung sich bereit erklärt, die Bauausführung zu übernehmen. Es kommen zunächst zwei Linien in Betracht, die beide von einem neben dem Sächsischen Bahnhofe anzulegenden neuen preußischen Bahnhofe ihren Ausgang nehmen und gemeinschaftlich bis zu einem Bahnhofe nahe bei Tufson sich hinziehen; sodann führt die eine Linie mit bedeutenden Krümmungen durch die Fluren Zeulsdorf, Weißig, Markersdorf, Hundhaupten und Großbocka nach Münchenbernsdorf, während die andere, nördlicher projektirte Linie nach dem hiesigen Stadtwalde sich wendet, durch das Saarthal hinläuft und über Schöna in Münchenbernsdorf ausmündet. Der Bau würde bei der Annahme der südlichen 16,4 Kilometer langen Linie einen geringeren Kostenaufwand verursachen als bei der Wahl der nördlichen Linie mit 18 Kilometer Länge. Trotzdem scheint die letztere den Vorzug zu verdienen, weil sie günstigere Steigungsverhältnisse darbietet, durch dicht bevölkerte Landestheile hindurchführt und die Anlegung von leicht zugänglichen Stationen in der Nähe der betheiligten Orte gestattet. Für die Kosten des Grunderwerbes und den erforderlichen Zuschuß zu den Baukosten wird im allgemeinen die großherzoglich sächsische Regierung einstehen. Von den betheiligten Landgemeinden des Fürstenthums sind für die südliche Linie 10,000 M. und für die nördliche Linie 15,000 M. als Beiträge zu den Grunderwerbungskosten theils bedingungslos, theils bedingt bewilligt, auch hat die hiesige Stadtgemeinde unter Vorbehalt der Leistung eines solchen Kostenbeitrages in Aussicht gestellt. Der Landtag wird ersucht, zu den Kosten des Baues bezw. zu den Grunderwerbungskosten der großherzoglichen Regierung in Weimar 100,000 M. in Aussicht zu stellen unter dem Vorbehalte, daß die Zahlung erst zu erfolgen hat, wenn durch Beseitigung der Planübergänge die Eisenbahn in hiesiger Stadtflur vollständig sichergestellt ist.

* **Pirna**, 21. Jan. [Man darf den Humor nicht verlieren.] Herr F. Gotthold Horn in Bretnig bei Pulsnitz ärgerte sich schon lange über ein Geschäft, das Zugaben bei Einkäufen giebt. Nun veröffentlicht er im „Großröhrsdorfer Anzeiger" folgende Bekanntmachung: „Ich mache darauf aufmerksam, daß jeder bei Einkauf von Waaren im Werthe von 50 Pf. ein Paar Stiefelesen, 1 M. einen Papierkragen, 2 M. ein Stück Rosirseife, 3 M. ein Pfund 5 Zoll-Nägel, 5 M. ein Packet Schweinemastpulver, 10 M. einen Centner gelbe Rüben erhält. Die Beigaben werden durch ein besonderes eigenes Geschirr frei ins Haus geliefert; jedoch ist jeder Käufer, der Anspruch auf einen Centner Rüben hat, verpflichtet, sie sogleich mitzunehmen. Wer von diesen Vergünstigungen Gebrauch machen will, muß den Nachweis liefern können, daß er zu den Leuten gehört, die nicht alle werden."

— **Allerlei aus der Provinz.** In Wettin brach der Schulknabe W. Herrmann in der Nähe der Mühle auf dem Eise ein und ertrank. Bisher wurde die Leiche noch nicht gefunden. — In der Nacht zu Montag brannten die Scheune und Stallungen des Landwirths Köhler in Gieckau nieder. 8 Schweine und viel Geflügel sind verbrannt. — In der Bode ertrank der Sohn des Kossathen Andree aus Neugattersleben beim Schlittschuhlaufen. — Infolge eines unwesentlichen Streites mit seiner Mutter hat sich in Molmeck der Bergmann Spengler an der Thürklinke erhängt. — Der in Diensten der Herzogin-Wittwe zu Anhalt-Bernburg stehende Kammerdiener Zehnpfund in Ballenstedt feierte kürzlich sein 50jähriges Dienstjubiläum. Er erhielt das Denkzeichen für 50jährige Diensttreue. — In Oberröblingen a/S. erschoß sich der Lehrer Hühne. — Der Gasthof „zum schwarzen Adler" in Loburg ist bei der gerichtlichen Versteigerung für das Höchstgebot von 50,100 M. in die Hände des Herrn Richard Schiele aus Zerbst übergegangen. — Beim Holzfällen verunglückte der Hofmeister Timme in Kl.-Wegenitz. Von einem fallenden Stamm wurde er erfaßt und so schwer getroffen, daß er alsbald verstarb. — Die große Buchsdorfer Kemmler in Guben ist vollständig niedergebrannt.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 22. Jan. Nach dem „Berl. Pol. Nachr." handelt es sich bei der Veröffentlichung des neuen Buek'schen Briefes durch den „Vorwärts" um einen Diebstahl, den ein ehemaliger Bureaubeamter des Centralverbandes begangen hat.

London, 22. Jan. Dem „Standard" wird aus Tientsin gemeldet, daß in der Nähe von Schanhaifwan berittene chinesische Räuberbanden mit indischen Lanzenreitern und japanischen Truppen zusammenstießen. Den Räubern gelang es, zwei Lanzenreiter und fünf Japaner sowie neun Maulthiere niederzuschießen. Endlich zogen sie, ebenfalls mit Verlust von sieben Todten, davon. Der kleine Vorfall zeigt abermals, wie nöthig einerseits die Beobachtung der Vorsichtsmaßregeln unter allen Umständen ist, und andererseits, daß die Aussendung von Streifkolonnen gar nicht zu vermeiden ist.

Athen, 22. Jan. Die Kronprinzessin reiste gestern abend nach Deutschland zum Besuch der Kaiserin Friedrich ab.

Wolle. Baumwolle.

* **Bremen**, 22. Jan. Baumwolle. Matt. Upland middl. loco 51 Pfg.

London, 22. Jan. Wollauktion. Australier, feinste Greasy und feinste Scoured fest, andere Qualitäten und Cap Greasy eher schwächer.

* Liverpool, 22. Jan. Baumwolle. Umsatz: 8000 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Ruhig.

Middl. amerik. Lieferungen: Ruhig. Jan.-Febr. $5^{22}/_{64}$—$5^{23}/_{64}$ Werth, Febr.-März $5^{19}/_{64}$—$5^{20}/_{64}$ Käuferpreis, März-April $5^{17}/_{64}$—$5^{18}/_{64}$ do., April-Mai $5^{15}/_{64}$—$5^{9}/_{64}$ do., Mai-Juni $5^{13}/_{64}$—$5^{14}/_{64}$ do., Juni-Juli $5^{11}/_{64}$—$5^{12}/_{64}$ do., Juli-Aug. $5^{8}/_{64}$—$5^{9}/_{64}$ do., Aug.-Sept. $4^{56}/_{64}$—$4^{57}/_{64}$ Verkäuferpreis, Sept. $4^{56}/_{64}$—$4^{57}/_{64}$ do., Okt. $4^{54}/_{64}$ d. Werth.

Manchester, 22. Jan. 12r Water Taylor $6^{1}/_{2}$, 20r Water Leigh $7^{1}/_{2}$, 30r Water courante Qualität $8^{5}/_{8}$, 30r Water bessere Qualität 9, 32r Mock courante Qualität $8^{3}/_{4}$, 40r Mule Mayall $9^{1}/_{2}$, 40r Medio Wilkinson $10^{1}/_{2}$, 32r Warpcops Lees $8^{1}/_{2}$, 36r Warpcops Rowland $9^{1}/_{2}$, 36r Warpcops Wellington $9^{1}/_{2}$, 42r Double Weston $9^{1}/_{2}$, 60r Double courante Qualität $13^{3}/_{8}$, 32r 116 yards 16×16 grye printers aus 32r/68r 10½. Ruhig.

Metalle.

Hamburg, 22. Jan. Silber 86,45 Br., 85,95 G.

London, 22. Jan. Silber $29^{13}/_{16}$.

* **London**, 22. Jan. Blei span. 16 Lstrl., engl. $18^{11}/_{4}$ Lstrl., Zinn $123^{9}/_{8}$ Lstrl., Zink $18^{5}/_{8}$ Lstrl.

* **London**, 22. Jan. Chili-Kupfer 7½ Lstrl., 3 Mon. $71^{5}/_{8}$ Lstrl.

* **London**, 21. Jan. 5 Uhr nachm. Kupfer stetig, Tagesumsatz 600 t, 70 Pfd. Sterl. 16 s. 3 d., 3 Monate 71 Pfd. Sterl. 8 s. 9 d., Makler-Schlußpreise 70 Pfd. Sterl. 17 s. 6 d. bis 71 Pfd. Sterl. 2 s. 6 d., best selected 73 Pfd. Sterl. 10 s. — d., strong sheets — Pfd. Sterl. — s. Zinn, Straits stramm, Tagesumsatz 600 t, 122 Pfd. Sterl. — s. — d., 3 Monate 119 Pfd. Sterl. 18 sh. 9 d., englisches 126 Pfd. Sterl. 10 s. Blei ruhig, span. 16 Pfd. Sterl. 1 s. 3 d., englisches 16 Pfd. Sterl. 10 s. — d. Zink ruhig, gewöhnliche Marken 18 Pfd. Sterl. 12 s. 6 d., besonderes 19 Pfd. Sterl. 5 s. — d., gewalztes schlesisches 22 Pfd. Sterl. 10 s. Nickel 175 Pfd. Sterl. die Tonne.

* **Glasgow**, 22. Jan. Vorm. 11 Uhr 5 Min. Roheisen. Mixed numbers warrants stetig, 52 sh. $9^{1}/_{2}$ d. per Kasse, 52 sh. $9^{1}/_{2}$ d. per Jan.

* **Glasgow**, 22. Jan. (Schluss.) Roheisen. Mixed numbers warrants 53 sh. — d. Cleveland-Eisen 47 sh. 1 d. per Jan.

New York, 22. Jan. Zinn 26,90, Kupfer 17,00 Doll.

* Amsterdam, 22. Jan. Banazinn 73.

Höpfner & Pieperhoff.
Anfertigung vornehmer **Photographien.**
Nur Poststrasse 19, neben dem Landgericht.

Goldene Medaille
Frankfurt a. M. 1900
Silberputz **SYLBROL**
lt. Gutachten mehrerer gerichtl. vereideter Sachverständiger: „putzt und versilbert gleichzeitig, erzeugt einen Niederschlag von ganzlich reinem Feinsilber mit hohem Glanze, greift die Metallgegenstände nicht an, sondern schützt dieselben. Vollkommenstes derartiges Putzmittel." Grossartige Anerkennungen. Zu haben in in Drogenhandl. etc. in Fl. à 50 Pfg., 1 Mk. u. 3 Mk.
A. Rosalowsky, Berlin W. IX. 9057.

Meßmer's Thee
wird in 100 000 Familien täglich getrunken, Probepackete 60 und 80 ₰ bei Gebr. Zorn, Hoflief., und Sprengel & Rink.

Wegen
Erweiterungsbaues
grosser Räumungs-Ausverkauf.
Halle a. S. Geschäftshaus **J. Lewin.** Marktplatz 2-3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010123026/fragment/page=0003

Kamerun-Kakao

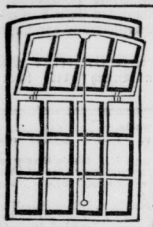
Pfund 2 Mark.

Herr Sanitätsrath **Dr. med. S.** hier schreibt uns: „Nachdem ich Ihren **Kamerun-Kakao** mehrere Wochen lang geprüft, komme ich zu folgenden Schlüssen: Der Kamerun-Kakao ist, wenn richtig bereitet, d. h. ordentlich aufgekocht, **ein ganz vortreffliches, wohlschmeckendes, nahrhaftes Präparat, das ich unbedingt empfehlen kann.**

Kolonial-Haus Karl Eisengräber,

Erzeugnisse der Deutschen Kolonien unter Aufsicht der Abtheilung Halle der Deutschen Kolonial-Gesellschaft,
Geiststrasse 15.

Masken, Narrenkappen in Stoff und Papier,
Chinesische Fächer und Schirme, Narrenplakate, Guirlanden, Narrenscherzartikel.
Hervorragende Neuheiten. Auswahl unübertroffen.
Albin Hentze, 24 Schmeerstraße **24.**



Fürstlich Stolberg'sches Hüttenamt, Ilsenburg a. H.
empfiehlt als Specialität:
gußeiserne Fenster,
dauerhafter u. billiger als hölzerne u. schmiedeeiserne, Stückpreise ohne Modellkosten franco und bruchfrei jeder Eisenbahnstation. Bei Anfragen wird die Angabe der lichten Maße der Fensteröffnungen erbeten.

Besonders bei der
heutigen Kohlennoth
belästigen
Intelligente Fabrikanten
mit dem Rauche ihrer Schlote nicht die Nachbarschaft, sondern verwenden denselben gewinnbringend zur Kesselfeuerung durch Einbauen unserer vorzüglichen patentirten Rauchverbrennung in alte und neue Kessel, Braupfannen etc.
Allerfeinste Referenzen.
Serlösen Reflectanten senden Prachtcatalog gratis.
Maschinenfabrik Lichtenberg
Eigenthum der
Deutschen Kunstsandsteinwerke Patent Kleber Act.-Ges.
Berlin-Lichtenberg.

Fettsucht! Corpulenz!
Prospekt über das vorzüglich wirksame „Corpulin" — Entfettungs-Pulver — verf. kostenl.: Apotheker Henke, Berlin W., Charlottenstr. 54.

Zuntz Gebrannte Kaffees

sind von unübertroffenem Wohlgeschmack, Reinheit und Kraft und rechtfertigen dauernd ihren Ruf als „erstklassiges Produkt."
In Preislagen von M. 1,20 bis M. 2,— per ½ Kilo käuflich in den durch Firmenschilder kenntlichen Niederlagen.
„Man achte darauf, daß jedes Packet die volle Firma und Schutzmarke trägt."

SECT
MATHEUS MÜLLER
Hoflieferant
ELTVILLE a. Rh.
Zu beziehen durch die Weinhandlungen.

Freitag und Sonnabend
steht ein großer Posten
bayerischer Zugochsen
preiswerth bei mir zum Verkauf.
Halle a. S. Königstraße 62. Fernspr. 560.
Moritz Schloss.

R. Gottschalck's
Masken- u. Theater-Garderoben-Verleih-Institut
Kl. Ulrichstr. 25, I.
hält seine reichhaltige Auswahl neuer feiner **Herren- und Damen-Masken-Anzüge** bei solider Preisstellung bestens empfohlen.

Leipzig.
W. Höffert,
Hof-Photograph,
Haus Polich.
Aufnahmen von Visitkarte bis Lebensgrösse.
Specialität: Oel, Pastell, Aquarell.
Fahrstuhl.

Dr. Wilhelm Rasch, Halle (Saale), Albrechtstrasse 38.
Vertreter der **Gothaer Lebens-Versicherungsbank.**
Versicherungs-Commissar der **Prov.-Städte-Feuer-Societät.**

Ferner **Loeflund's**
Malz-Extract-Bonbons durch Wohlgeschmack und lösende Wirkung ausgezeichnete **Hustenbonbons.**
Malz-Suppen-Extract zur Ernährung **magen-darmkranker Kinder** nach Dr. Keller (80 % **Hollungen** erzielt).
Lebertran-Emulsion mit Malz-Extract, das neue bei Kindern so beliebte Mittel zu einer erfolgreichen **Leberthrankur.**
in allen Apotheken zu haben, en gros von
Ed. Loeflund & Co., Stuttgart.

CACAO

garant. rein, anerkannt vorzüglich, leicht löslich.

in Blechdosen v. Pfd.		½	¼	
CACAO VERO	beste Marke	3,–	1,50	0,75	Mk
CACAO JUNO	Specialmarke	2,60	1,30	0,65	„
in luftdichten Packeten:				
CACAO JUNO	Specialmarke	2,10	1,20	0,60	„
CACAO FORTUNA		2,–	1,–	0,50	„
CACAO APOLLO		1,80	0,90	0,45	„

HARTWIG & VOGEL DRESDEN.

Anerkannt vorzügliche Qualität, ausgiebig, daher billig. — Zu haben in den meisten durch unsere Plakate kenntlichen Apotheken, Conditoreien, Colonialwaaren, Delicatesse-, Drogen- u. Specialgesch.

Kgl. Preuss. Lotterie.
Loose a. 2. Klasse der 204. Lotterie
Ziehung 9. Februar
in ½, ¼ und 1/10 Abschnitten bei Lotterie-Einnahme noch abzugeben. Feste Bestellungen schreibt sofort unter „Lotterie-Einnahme" an **Helbur. Eisler, Berlin** S.W. 19 erbeten.

PATENT- und technisches BUREAU
Ingenieure
Dr. Grahl, von Gruyther & Co.
BERLIN, Friedrich-Str. 172. HAMBURG, Grosse Bleichen 6.

Junger Kaufmann
sucht, um seine Abendstunden nützlich zu verwerthen, kleinerem Geschäftsmann die Bücher zu führen, die Correspondenz zu erledigen u. s. w.
Da Betreffender in der
Propaganda
grosse Erfahrung besitzt, ist er gern erbötig, Firmen bezügl. Arrangement und Wahl der Blätter werthvolle Winke zu ertheilen. Gefl. Offert. unter **N. 311** an die Exped. d. Ztg.

Engros.
Carnevalartikel:
Masken
Larven
Mützen.
Neuheit!
Kopfbedeckungen der vereinigten ostasiatischen Armeen und Chinesischen Boxer.
Billigste Bezugsquelle für **Wiederverkäufer.**
Gebr. Buttermilch,
Halle a. S., Landwehrstr. 9.
Fernsprecher 508.
Engros.

Empfehle
mein stets großes Lager
neuer und gebrauchter
Möbel
in Nußbaum, Mahagoni, Eiche, Birke,
ebenso imitirt, als:
Buffets, Schreibtische, Vrunkschränke, Vertikows, Seiden- und Plüsch-Garnituren, Paneel-, Taschen-, Ribsopha, Trumeaux, Spiegel, Coulissen-, Steg- und Ausziehtische, Rohr-Lehn- und andere Stühle, Bettstellen mit und ohne Matratzen, Kleiderkretäre, Bücherschränke, Waschtische mit ohne Marmorplatte, Kommoden, Nachttische, Kleiderschränke, ein- u. zweithür. Küchenschränke u. v. m.
Friedrich Peilcke,
nur Geiststraße **25.**
Fernspr. 2450.
Kaufe und nehme alte Möbel stets in Zahlung.

Anthracitkohlen
liefert prompt
Hugo Messing, Georgstraße 3, Fernruf 464.

Fisch-Verkauf.
Für diese Woche
empfiehlt besonders
Wels
(ausgeschnitten)
Grüne Heringe,
frische Dorsche etc.
Friedr. Krahmer,
Halle a. S.,
Fluß- und Seefisch-Handlung,
Fischerplatz Nr. 3.
Fernsprecher Nr. 205.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 2 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010123026/fragment/page=0004